Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Trump die Abschaffung des Bildungsministeriums zu gestatten, ist beschämend

Category: Blog
geschrieben von Gastautor | 31. Juli 2025

Gastautorin Diane Ravitch: Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter, sind einfach Beamte.

Während seines Wahlkampfs hat Trump offen seine Entschlossenheit bekundet, das US-Bildungsministerium abzuschaffen. Er warf dem Ministerium vor, den Schulen des Landes die DEI-Ideologie aufzuzwingen, den Schülern „Amerika zu hassen“ beizubringen und sie zu indoktrinieren, alles zu glauben, was er ablehnt. Er machte sogar das Ministerium für schlechte Testergebnisse verantwortlich.

Nicht ein einziges Mal hat er anerkannt, dass es Bundesbeamten laut Bundesgesetz verboten ist, Einfluss auf Lehrpläne oder Unterrichtsmaterialien zu nehmen.

Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter des Ministeriums sind Beamte, die Zuschüsse verwalten, Anträge bearbeiten, Beschaffungen überwachen und alle notwendigen Aufgaben erfüllen, um den Fluss der Bundesmittel an Bundesstaaten, Schulbezirke und Schulen aufrechtzuerhalten. Sie haben nichts mit Lehrplänen oder Testergebnissen zu tun.

Trumps letztendliches Ziel ist es, den öffentlichen Schulen die Bundesmittel zu entziehen. Der Zweck der Bundesmittel war bei der Verabschiedung des Elementary and Secondary Act im Jahr 1965 die Gleichstellung, insbesondere die Erhöhung der Bildungsausgaben in den ärmsten Bundesstaaten.

Matt Ford – Trump will das Bildungsministerium zerstören

Matt Ford von The New Republic beschreibt, wie der Oberste Gerichtshof die Verfassung und das Gesetz ignorierte, um Trump tun zu lassen, was er will.

Matt Ford ist ein US-amerikanischer Journalist und Mitarbeiter der The New Republic (TNR), einem liberal-progressiven Magazin für US-Politik, Kultur und Meinung.

Über den Obersten Gerichtshof zu berichten, bedeutet derzeit, seine Gesetzlosigkeit zu katalogisieren. Die jüngste Entscheidung der konservativen Richter in der Rechtssache McMahon gegen New York ermöglicht es dem Präsidenten, das Bildungsministerium effektiv zu zerstören – ein Ministerium auf Kabinettsebene, das vom Kongress geschaffen wurde, vom Kongress mit Aufgaben und Zuständigkeiten ausgestattet wurde und vom Kongress finanziert wird, um diese Aufgaben zu erfüllen.

Bildungsministerin Linda McMahon, eine Pro-Wrestling-Promoterin und Angeklagte in einem Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs, machte nach ihrem Amtsantritt keinen Hehl aus ihren Zielen. In einer Rede im März erklärte sie, das Ministerium habe seine „letzte Mission" zu erfüllen: die Umsetzung eines Auftrags von Präsident Donald Trump, das Ministerium zu schließen und einige seiner Aufgaben an andere Behörden zu übertragen. Projekt 2025, der de facto politische Entwurf der Regierung, besagt ebenfalls, dass das Ministerium „abgeschafft werden sollte".

Eine Woche nach ihrem Amtsantritt setzte McMahon diesen Plan in die Tat um

und ordnete einen „Personalabbau“ (RIF – reduction in force, Personalabbau) von etwa der Hälfte der Mitarbeiter der Behörde an.

Eine Woche nach ihrem Amtsantritt setzte McMahon diesen Plan in die Tat um und ordnete einen „Personalabbau“ (RIF – reduction in force, Personalabbau) von etwa der Hälfte der Mitarbeiter der Behörde an. Der Bundesstaat New York und andere Kläger verklagten McMahon, um den RIF zu stoppen, mit der Begründung, dass dies ein hinterhältiger Versuch sei, die gesetzlichen Aufgaben der Behörde zu beenden, indem die dafür zuständigen Mitarbeiter entlassen würden.

Linda Mc Mahon, Bildungsministerin im Kabinett der Regierung Trump.

Dies war für die Kläger nicht besonders schwer zu beweisen: Beamte der Trump-Regierung bezeichneten die RIF öffentlich als Teil der „letzten Mission“ im Einklang mit einer Durchführungsverordnung, die McMahon anwies, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Schließung des Bildungsministeriums zu erleichtern“ und gleichzeitig „die effektive und ununterbrochene Bereitstellung von Dienstleistungen, Programmen und Leistungen, auf die die Amerikaner angewiesen sind“, sicherzustellen – zwei offensichtlich widersprüchliche Ziele.

Es überrascht nicht, dass ein Bundesbezirksrichter den Klägern kurz darauf eine einstweilige Verfügung gewährte. Das erstinstanzliche Gericht kam aufgrund der

Aktenlage zu dem Schluss, dass das eigentliche Ziel des RIF darin bestand, „das Ministerium ohne eine entsprechende gesetzliche Grundlage effektiv zu zerschlagen". Als die Trump-Regierung gegen diese einstweilige Verfügung vor dem Obersten Gerichtshof Berufung einlegte, berief sie sich auf Unwissenheit. Das Bezirksgericht, so argumentierte das Justizministerium unter Trump, sei „nicht zuständig, die internen Verwaltungsentscheidungen der Exekutive zu hinterfragen", und die Anordnung diene der „Straffung" des Ministeriums.

> *Es blieb Richterin Sonia Sotomayor überlassen, in einer abweichenden Meinung zusammen mit den Richterinnen Elena Kagan und Ketanji Brown Jackson die Schwere des Fehlers des Gerichts zu erläutern. Zum einen wies Sotomayor darauf hin, dass das Bundesrecht der Trump-Regierung genau das verbietet, was sie zu tun behauptet.*

„Die Regierung hat klar und deutlich anerkannt, dass nur der Kongress das Bildungsministerium abschaffen kann", erklärte Generalstaatsanwalt D. John Sauer in seiner Klagebegründung vor den Richtern. „Und die Regierung hat die Notwendigkeit anerkannt, ausreichend Personal zu behalten, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben weiterhin erfüllen zu können, und hat die Mitarbeiter behalten, die ihrer Meinung nach für diese Aufgaben erforderlich sind. Die angefochtene RIF steht in vollem Einklang mit diesem Ansatz."

Die konservative Mehrheit des Obersten Gerichtshofs war leichtgläubig genug, dies zu glauben. Wie bei fast allen anderen Schattenurteilen machte sich das Gericht nicht die Mühe, seine Entscheidung zu begründen. Es blieb Richterin Sonia Sotomayor überlassen, in einer abweichenden Meinung zusammen mit den Richterinnen Elena Kagan und Ketanji Brown Jackson die Schwere des Fehlers des Gerichts zu erläutern. Zum einen wies Sotomayor darauf hin, dass das Bundesrecht der Trump-Regierung genau das verbietet, was sie zu tun behauptet.

Der Kongress hat dem Bildungsminister untersagt, „organisatorische Einheiten, die in der Satzung des Ministeriums eingerichtet sind", abzuschaffen. 20 U. S. C. §3473(a)(2). Was die „auf das Ministerium übertragenen" gesetzlichen Einrichtungen betrifft, so darf der Minister nur einen Teil der ausdrücklich genannten Einrichtungen „zusammenlegen, ändern oder auflösen", nachdem er den Kongress 90 Tage im Voraus darüber informiert und eine „Erklärung über die vorgeschlagene Maßnahme … sowie die Tatsachen und Umstände, auf die sich die

vorgeschlagene Maßnahme stützt“, vorgelegt hat.

Sonja Sotomayor, seit 2009 oberste Richterin in den USA: Schwerwiegende Schäden…

Sie betonte auch den Schaden, der durch die Entscheidung des Gerichts entstehen würde. „Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung des Bezirksgerichts wird unermesslichen Schaden anrichten, Bildungsmöglichkeiten verzögern oder verweigern und die Schüler Diskriminierung, sexuellen Übergriffen und anderen Verletzungen der Bürgerrechte aussetzen, ohne dass ihnen die vom Kongress vorgesehenen Bundesmittel zur Verfügung stehen“, erklärte sie. „Die Mehrheit hält es offenbar für wichtiger, die Regierung von der Zahlung von Gehältern an Mitarbeiter zu befreien, die sie nicht entlassen durfte, als diese sehr realen Schäden abzuwenden, während der Rechtsstreit weitergeht …“

Ford stellt diese Entscheidung der Weigerung des Obersten Gerichtshofs gegenüber, Biden zu erlauben, Studentenschulden während einer nationalen Notlage – der COVID-Pandemie – zu erlassen.

> *Trump kann ungestraft Gesetze brechen, weil er davon ausgeht, dass dieser Gerichtshof dies billigen wird.*

Zusammenfassend lässt sich sagen: In den USA kann ein demokratischer Präsident ein Bundesgesetz, das es dem Bildungsministerium erlaubt, Studentenkredite während einer nationalen Notlage – in diesem speziellen Fall der COVID-19-Pandemie – „zu erlassen und zu ändern“, nicht anwenden, weil der Kongress dies nach dem Geschmack des Obersten Richters zu vage formuliert hat. (Der Trick dabei ist, weit gefasste Gesetze selektiv als vage zu behandeln.) Aber wenn der Kongress sagt: „Hey, wir werden eine Reihe von Programmen für

die Exekutive auflegen, wir werden sie im Bildungsministerium unterbringen, und wir werden auch strenge Grenzen für ihre Umgestaltung festlegen“, dann sind diese Gesetze … lediglich Empfehlungen für republikanische Präsidenten, nehme ich an?

Das Thema dieses Obersten Gerichtshofs, so sein Fazit, ist Gesetzlosigkeit. Trump kann ungestraft Gesetze brechen, weil er davon ausgeht, dass dieser Gerichtshof dies billigen wird.

Was ist mit der Rechtsstaatlichkeit? Ein Opfer des Trump-Regimes.